

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Saden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:  
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Briefkasten monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertate werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 55.

Dresden, Donnerstag den 7. März 1918.

29. Jahrg.

## Die Einmischung in Finnland.

Auch die linksliberale Frankfurter Zeitung äußert schmerzliche Bedenken gegen die deutsche Intervention in Finnland. Sie führt folgendes aus:

Der Vertreter des auswärtigen Amtes hat sich im Senat ausdrücklich darauf berufen, daß aus Finnland „Hilfskräfte an uns entsandt werden, denen wir folgen werden“. Artikel VI des mit Rußland abgeschlossenen Friedensvertrages weist auf die Möglichkeiten der Durchführung einer solchen Hilfeleistung hin. Er verpflichtet die russische Regierung, Finnland zu räumen und legt für die Wegführung der Flotte, die noch im Gife steht, bestimmte Sicherungsmaßnahmen fest. Eine gewisse Hilfe zur Durchführung dieser Räumungsmaßnahmen wird natürlich bewilligt werden müssen. Doch sie darf nicht so weit gehen, daß sich Deutschland selbstständig über Finnland und dazu könnte auch eine militärische Expedition nach Finnland nötig werden, für die in der Besetzung der Inseln eine Gruppe geschaffen ist. Aus den Stockholmer Redaktionen erfährt man aber, daß die deutsche Regierung die Absicht hat, auf Verlangen der finnischen Regierung Truppen zur Unterstützung der in Finnland herrschenden Revolution zu senden. Ein solches Vorgehen erscheint in der Tat nicht unbedenklich. Ein deutsches Interesse, das dazu zwingen würde, vermögen wir jedenfalls nicht zu erkennen.

Die Lage in Finnland ist nicht ohne weiteres mit der in der Ukraine gleichzustellen. Dort haben Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages eine moralische Pflicht auf sich genommen; die Sicherung der Getreidebestände und der Möglichkeit ihrer Ausfuhr bleibt auch materiell Grund genug zu einem Eingreifen, das der ukrainischen Regierung die Möglichkeit gibt, den Vertrag zu halten. Bei der Regelung der finnischen Angelegenheiten entstehen beide Gründe, sobald wir die Räumung durch die bolschewistischen russischen Truppen durchgeführt haben werden. Nicht selbstverständlich erscheint uns die Auffassung, daß die „Weiße“ Regierung nach den letzten finnischen Wahlen zu Recht bestehe, so daß eine Hilfeleistung an sie, die Unterbrechung eines gemeinschaftlichen Auftrages bedeuten würde, was wiederum gemeinlich als die Aufgabe der Bundesregierung gilt, die dazu keine fremde Hilfe anzurufen pflegt. Der Rechtsboden ist im finnischen Leben Finnlands seit der russischen Revolution außerordentlich erschüttert. Auch von bürgerlicher Seite wurde in Finnland die Rechtmäßigkeit der von Keenen'scher Regierung verkündeten Erklärung des alten Landtags angezweifelt, dessen sozialistische Mehrheit vermutlich jetzt die „Weiße“ Regierung in Helsinki unterhält. Diese Regierung ist durchaus nicht etwa ein bloßer Abkömmling der bolschewistischen Gewaltherrschaft in Petersburg; sie gehört der gewaltigen Gruppe aller sozialistischen Gruppen Finnlands an, so daß vermutlich ein großer Teil der finnischen Völker in ihr das rechtliche Organ der nationalen Souveränität erblickt und eine der „Weißen“ Regierung geleistete Hilfe als fremde Einmischung und Voreingriff betrachten würde. Diese Bedenken werden wohl auch im Hinblick auf die noch erhobene werden.

Wie hoch im übrigen die sich auf die Weiße Garde stützende Regierung in Wasa einschätzen läßt, ist daraus ersichtlich, daß sie zur Herstellung ihrer Macht fremde Truppen ins Land ruft, daß sie fremde Truppen gegen die eigenen Volksgenossen marschieren läßt. Denn um eine Säuberung des Bodens von russischen Soldatenhorden kann es sich nicht mehr handeln, nachdem die Petersburger Regierung den Militärtransport dieser Truppen angeordnet hat.

Nach der linkssozialistischen Zeitung Voltkisen, wurde am 1. März im Smolny-Institut ein Vertrag unterzeichnet, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland ordnet. Rußland tritt alles unbewegliche Eigentum ab, die Gebäude, Fabriken, Telegraphen, Eisenbahnen und Festungen sowie die Gebiete am Eismeer. Finnland tritt die Eisenbahn von Vakkajärvi bis Petersburg ab sowie die Telegraphenlinie nach Auslund. Die Festung Ino wird russisch. Rußland verleiht den finnischen Arbeitern alle Rechte und Finnland verleiht den Russen Erleichterungen. Außerdem zieht Rußland sofort seine Truppen aus Finnland zurück. Das Telegramm ist unterzeichnet von der Abteilung des finnischen Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten.

Somit M. T. W. handelt es sich offenbar um einen Vertrag zwischen der russischen und finnischen sozialistischen Regierung in Helsinki.

Wie Mrs. Daglicht Allehand erfährt, soll zwischen den schwedischen Jungsozialisten und der revolutionären Regierung in Helsinki ein förmliches Abkommen getroffen worden sein, um in Schweden mit finnisch-russischer Unterstützung im Frühjahr eine Revolution zu ermöglichen. Danach sollten die Parteimitglieder in Schweden von ihren finnischen und russischen Genossen durch eine Flottenaktion unterstützt werden, sobald die Diffee sichtbar wird. Der Ruffe Kommissar hielt sich in Stockholm auf, um die Möglichkeiten für das geplante große Unternehmen zu untersuchen und außerdem Geldmittel für die Vorbereitungen zur Verfügung zu stellen. — Sehr glaubhaft klingt diese Meldung nicht.

### Schweden lehnt eine Einmischung ab.

Stockholm, 6. März. Der Ministerpräsident gab in der zweiten Kammer Antwort auf die von Thore (Rechtspartei) eingebrachte Interpellation über die Absichten der Regierung, den Krieg zu helfen, die auf die Inseln in finnischen Gewässern geübt seien. Der Ministerpräsident erklärte, daß er nicht genau verleihe, was der Interpellant beabsichtige. Falls er eine bestimmte Intervention wüßte, so könne ihn die Regierung nicht be-

frichtigen. Durch das Eingreifen des schwedischen Geschäftsträgers in Helsinki seien inzwischen an einzelnen Orten gute Ergebnisse erzielt worden. Man hoffe, solche auch anderwärts erzielen zu können. Viele Flüchtlinge hätten sich den roten Garben angegeschlossen und würden als Kriegsgesangene nach internationalen Rechte unter der Kontrolle der schwedischen Gesandtschaft behandelt werden. Die Regierung sei bereit, auf diese Weise jeder Gruppe von Finnländern, die sich in Notlage befände, zu helfen.

Der Interpellant tabelte die Regierung, deren Politik in Finnland eine hitzige Stimmung gegen Schweden erzeugt habe. Schweden hat und verzeihen, sage man. Es müsse bewiesen werden, daß dies nicht wahr sei. Graf Hamilton, der jetzige Führer der Linkspartei, machte dem Interpellanten den Vorwurf, daß er Schweden in den Krieg zwingen wolle, und dankte der Regierung für ihre Haltung und Handlungsweise. Der linkssozialistische Mannson forderte die Regierung auf, ihren großen Fehler, Truppen nach Ausland zu senden, dadurch wieder gutzumachen, daß sie diese Truppen sofort zurückberufe.

### Der deutsche Etappenplan.

Berlin, 6. März. (Kontin.) Ein zur Einrichtung eines Etappenplans für die Ostfront nach Finnland bestimmter Teil unserer Streitkräfte hat am 5. März nachmittags bei Söder auf den Salander-Inseln geankert.

## Entschädigung in Bessarabien.

Der gestern veröffentlichte Vorfriedensvertrag mit Rumänien kam in den großen Unrissen als der kommende Friedensvertrag von Bukarest angesehen werden. Die wichtigste Bedingung der Viermächte bleibt die Wahrung der Dobrußa. Als Pfand für die Wahrung wird den Rumänen von bulgarischen Nationalistenblättern eine Entschädigung in Bessarabien gebietet in Aussicht gestellt. Wenn Bessarabien im Vertrag noch nicht genannt wird, so wohl nur deswegen, weil der Viermächte Rumänien überlassen will, die bessarabischen Frage mit Rußland zu regeln. In Beziehung zu dieser Frage steht Artikel 5:

Die rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Armee zu demobilisieren. ... Sobald auch zwischen Rußland und Rumänien der Friede wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Armee demobilisieren, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden.

Die acht Divisionen, die jetzt demobilisiert werden müssen, sind diejenigen Seereschiffe, die gegenwärtig in der rumänischen Front, am Sereth, stehen. Rumänien kann die übrigen Teile seiner Armee unter den Waffen lassen, bis es Bessarabien erobert und gegen die Russen geschickt haben wird. Dies der Sinn dieses Punktes!

In wirtschaftlicher Hinsicht würde der Friede mit Rumänien den mit der Ukraine ergänzen. Rumänien soll sich verpflichten, den Mittelmächten alle eisenbahnliche Förderung angedeihen zu lassen, damit der Eisenbahnverkehr nach Odesa so rasch wie möglich in Gang kommt. Odesa ist der große Getreideausfuhrhafen des südlichen Rußlands, insbesondere der Ukraine. Die Mittelmächte verfolgen also weiter planmäßig die Politik, die auf Sicherung von Rohstoffmittelzufuhr und Rohstofflieferung hinausgeht. Die innere Befestigung Rumäniens wird durch den Vorfrieden nicht berührt. Weder die Frage eines Chronwechsels noch die lange mühseligen Rechte der rumänischen Juden werden in den Vorbereitungen auch nur genannt. Man muß abwarten, ob hier die endgültigen Friedensbedingungen eine Ergänzung bringen.

### Das Schicksal der französischen Offiziere in Rumänien.

Genf, 7. März. Die gestern berichtete in Paris Ungeklärtheit über die Bestimmung der französischen Offiziere, die mit General Verdeto das rumänische Meer reorganisieren lassen. Nach heute vorliegenden Meldungen bleiben diese Offiziere ohne militärische Funktionen im Moldau-Gebiet, bis die französische Regierung über ihre Verwendung außerhalb Rumäniens Anordnungen getroffen hat.

## Der neueste Brief Lansdownes.

Die meisten Londoner Blätter geben den neuesten Brief Lansdownes ohne jede redaktionelle Bemerkung wieder. Die einzige Ausnahme bildet der Evening Standard, der meint, für diesen zweiten Brief liege kein Anlaß vor. Die wahre Meinung Deutschlands über den Friedensschluß mit Rußland zeigt. Man könne sich denken, was es von Belgien verlangen werde.

Der Deutsche Nachrichtenagent Contant berichtet aus London: Westminster Gazette führt anlässlich des jüngsten Briefes von Lansdownes aus: Wir geben zu, daß wir den Annäherungsverhalten unserer Gegner entgegenkommen sollten, wenn wir dabei von ihrer Logik überzeugt sind. Unglücklicherweise verhalten sie aber unter jedem Wort, das sie unserem Vorkerbuch entnehmen, etwas anderes, was offenbar zu unserer Aufregung in diesem Widerpruch steht. Lansdowne schwört, indem er seine Aufmerksamkeit auf dasjenige lenkt, was Hertling über den Wette sagt, zu dem-

## Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

mit. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 7. März 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Nordwestlich von Dignau brachten Sturmabteilungen von einem Angriff gegen zwei belgische Geschütze drei Offiziere, 114 Mann und einige Maschinengewehre ein. Die Artillerieaktivität lebte in vielen Abschnitten auf. Wehrhaft wurden englische Erkundungsversuche abgewiesen.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Französische Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front rege Tätigkeit. Nordwestlich von Ancovert drangen Stoßtrupps tief in die französischen Stellungen ein und führten nach heftigem Kampf und nach Verstärkung zahlreicher Unterstände mit 27 Gefangenen zurück.

Im Luftkampfe wurden gestern 10 feindliche Flugzeuge und zwei Heißluftballone abgeschossen.

Hauptmann Ritter von Luffel errang seinen 26. Luftkug. Durch Bombenabwurf englischer Flieger auf ein Lazarett in Tourcoing wurden zahlreiche französische Einwohner getötet.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

jenigen, was Hertling's Herren auf der anderen Seite im Osten tun. Wir sehen, daß Rußland im Namen der Selbstbestimmung rücksichtslos zerstückelt wird von denjenigen, welche das Selbstbestimmungsrecht für diese Einwohner zum Bewand nehmen. Sie scheiden tief in das internationale Abkommen ein, das Landbesitz und wir alle wünschen. Wir können niemand einen Beweis dafür entdecken, daß die Deutschen jene Politik vertreten, welche in die Zukunft nicht und aufrichtig wünscht, daß sie selbst auf der Grundlage des Rechts neu aufgebaut werden soll. Statt dessen sehen wir eine dunkle Zukunft für Rußland aufsteigen, welche für die nächste Generation eine größere Gefahr bedeuten wird, als es bisher mit dem türkischen Reich der Fall war, und welche die Saat nicht zu einem, sondern zu einem halben Dutzend Wiedererregungstragen enthält. Wenn wir unsere Blicke über jenen Teil von Europa schweifen lassen, sehen wir, daß Deutschland durch seinen militärischen Sieg offenbar vergiftet worden ist und daß bei seinen Staatsleuten nicht das Mindeste von jener gebunden Vermunft zu entdecken ist, welche Bismarck zeigte, der nach Sabana einen gemäßigten Frieden mit Oesterreich abschloß und im Jahre 1871 seinen Einfluß, unglücklicherweise vergeblich, gegen die Einverleibung Elsaß-Lothringens in die Reichshalle warf. Möglich, daß Deutschland, nachdem es sich durch Rußland gelöst hat und auf dem eigenen Rücken eine Furcht von Unruhen und Schwierigkeiten gelassen hat, die ausreicht, um es bis zur nächsten Generation zu beschäftigen, bereit sein wird, einen Frieden im Westen zu schließen unter Bedingungen, welche der Entente entgegenkommen werden, und daß die Westmächte zufrieden sein können mit einer solchen Kombination, welche im westlichen Teil Europas eine Schranke gegen die preussische Tyrannei sein wird. Aber wenn das das notwendige Ende wäre, so müssen wir uns keinen Illusionen hingeben oder annehmen, daß wir einen der vier Grundpfeiler der internationalen Ausföhrung, die Landbesitz und wir alle fördern, durchgeführt haben.

## Eine neutrale polnische Truppe.

Aus Warschau wird gemeldet: In Warschau ist eine Abordnung von Offizieren des Korps des Generals Muenich eingetroffen, um mit dem Regentenschatzrat Verbindung zu suchen und ihm die Wünsche des polnischen Korps zu unterbreiten. Diese Verhandlungen, die im Einverständnis mit dem Generalgouvernement vor sich gehen, behandeln die Frage, wie das polnische Korps nach Friedensschluß als Cadre der künftigen polnischen Armee dienen soll. Die Rückfrage beruht auf der Vereinbarung, die am 25. und 26. Februar in Bobruisk zwischen General Muenich und dem Bevollmächtigten des Oberbefehlshabers der deutschen Osttruppen, Major v. Muffen, im Generalstab des Generalgouvernements in Warschau abgeschlossen worden ist. Nach der Vereinbarung, die von der Deutschen Warschauer Zeitung im Wortlaut veröffentlicht wird, ist das polnische Korps eine neutrale Truppe, der ein näher umgrenztes Gelände zur Sicherung gegen bolschewistische Anschläge zugewiesen wird. Das polnische Korps kämpft nur, wenn es in diesem Gebiete angegriffen wird, und ist in diesem Falle dem deutschen Oberbefehl unterstellt, sofern deutsche Truppen an der Abwehr des Angriffs beteiligt sind. Auf dem Gefechtsfeld führt der dienstälteste deutsche oder polnische Offizier das Kommando. Der Durchmarsch deutscher Truppen durch das Gebiet ist jederzeit gestattet. Wink wird bis zum 27. Februar von den polnischen Truppen geräumt. Das polnische Korps besteht mit entsprechend starken Kräften die Bahnstationenpunkte Slobin und Mokolow. Unter polnisches Korps wird das erste polnische Korps und diejenigen Angehörigen anderer polnischer Korps verstanden, die sich dem Befehl des Kommandeurs des ersten polnischen Korps unterstellt haben. Die Rückkehr deutscher Gefangener nach Deutschland ist mit allen Mitteln zu unterstützen. Der Vertrag tritt sofort in Kraft.

Die Petersburger Abendblätter bestätigen den Beschluß der Regierung, trotz der Unterzeichnung des Friedens mit der Verlegung der Staatseinrichtungen nach Moskau.